

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 43 / HERBST 2014



Die Rückkehr der Hasardeure: **Grenzen und Konflikte**

Ideologie und Realität:
WANDERnde GRENZEN
Karl Schlögel

Der Kommentar:
UKRAINE – UND DIE MITSCHULD DER EU
Fritz Pleitgen

Die Analyse:
DANKT EUROPA AB?
Max Otte

Der Einspruch:
ISRAELS GRENZEN – EIN GESCHENK
Amira Hass

D, A: 9 Euro, CH: 14 Franken



»Der deutsche Journalismus hat binnen weniger Wochen von besonnen auf erregt umgeschaltet. Das Meinungsspektrum wurde auf Schießschartengröße verengt. Blätter, von denen wir eben noch dachten, sie befänden sich im Wettbewerb der Gedanken und Ideen, gehen im Gleichschritt mit den Sanktionspolitikern auf Russlands Präsidenten Putin los. Schon in den Überschriften kommt eine aggressive Verspannung zum Ausdruck, wie wir sie sonst vor allem von den Hooligans der Fußballmannschaften kennen. Der *Tagespiegel*: ‚Genug gesprochen!‘ Die *FAZ*: ‚Stärke zeigen‘. Die *Süddeutsche Zeitung*: ‚Jetzt oder nie‘. Der *Spiegel* ruft zum ‚Ende der Feigheit‘ auf: ‚Putins Gespinnst aus Lügen, Propaganda und Täuschung ist aufgefliegen. Die Trümmer von MH 17 sind auch die Trümmer der Diplomatie.‘



Westliche Politik und deutsche Medien sind eins.«

Gabor Steingart, der Anfang August zu diesem vernichtenden Urteil über die deutsche Medienlandschaft kommt, kennt die Szene. Er war selber viele Jahre beim *Spiegel*, dann Chefredakteur des *Handelsblattes*, heute ist er einer der Geschäftsführer der Handelsblatt-Gruppe. Kein Nobody also.

Nicht wegen Gabor Steingart, sondern aus eigener Überzeugung und journalistischer Verpflichtung haben wir von der GAZETTE nach Köpfen Ausschau gehalten, die die Weltlage und insbesondere auch die Situation im Osten der Ukraine differenzierter beurteilen. Wir haben sie gefunden. Fritz Pleitgen, Willy Wimmer, Max Otte: jeder ein scharfer Beobachter, aus unterschiedlichster Perspektive. In einer Zeit, in der sich der Journalismus mehr und mehr auf die schnellstmögliche Verbreitung (oft ungeprüfter) News kapriziert, ist das Hinterfragen und hintergründige Ausleuchten einer Situation noch wichtiger geworden. In der GAZETTE hat das Tradition. Wir halten sie aufrecht.

Christian Müller
Chefredakteur



Tiefphoto: Christian Müller

Fundsachen

6 Fundsachen

Titelthema: Grenzen und Konflikte

- 13 UKRAINE
Das EU-Abkommen als Provokation
Von Fritz Pleitgen
- 19 GESCHICHTE
Wandernde Grenzen – Europa nach dem Großen Krieg
Von Karl Schlögel
- 31 GAZETTE-INTERVIEW
„Die USA und die NATO tragen die Fackel des Krieges nach Russland“
Willy Wimmer
- 35 ANALYSE
Die Abdankung Europas
Von Max Otte
- 40 ISRAEL /PALÄSTINA
Ein Geschenk und seine Tücken
Von Amira Hass
- 43 GAZETTE-INTERVIEW
„Schießen ersetzt keine Außenpolitik!“
Gregor Gysi
- 65 DOKUMENTATION
„Der Kampf um das Saargebiet“ (1935)
Von Werner G. Krug (NS-Propagandist)

Politik und Gesellschaft

- 47 ESSAY
Soziale Ungleichheit und Entdemokratisierung
Von Michael Hirsch
- 50 REPORTAGE
Iran: Die leise Rebellion der Jugend
Von Martin Franke

Notizen aus der Provinz

- 76 DER GROSSE KICK
Höhenrausch hinter den Hügeln
Von Peter Köpf

Lyrik

- 81 **Un Café Solo**
- 82 **Aline**
Von Gerburg Garmann

Genießen

- 84 LOHNT EINEN BESUCH
Wie Gott im Piemont
Von Christian Müller

Rezensionen

- 88 **Vera Röhl: „Es gibt kein Himmelreich auf Erden“**
Von Stefanie Oswald
- 90 **Pierre Bourdieu: Über den Staat**
Von Pia Johanna Jaeger
- 91 **Rupert Neudeck: Radikal Leben**
Von Stefanie Oswald
- 93 **George Orwell: 1984**
Von Fritz Glunk
- 95 **Ingolfur Blühdorn, Simulative Demokratie**
Von Fritz Glunk
- 96 **Siri Hustvedt, Leben, Denken, Schauen**
Von Eva Herold-Münzer

GAZETTE-Verlag

- 98 Autoren, Impressum



Seite 50



Seite 76



Seite 84

UKRAINE

Das EU-Abkommen als Provokation

Die westlichen Regierungen – und leider auch fast alle westlichen Medien – machen es sich einfach: Die Ukraine-Krise ist in ihren Augen allein Putins Werk. Doch ganz so simpel ist es nicht. Die EU hat mit ihrer ultimativen Forderung an die Ukraine, sich in ihrer Ausrichtung zwischen der EU und Russland zu entscheiden, die ukrainischen Eigenheiten und Realitäten klar missachtet. Die damit entstandene Zerreißprobe geht aufs Konto der EU.

Von Fritz Pleitgen

In der Ukraine-Krise haben wir ein eindeutiges Bild. Die Guten sind im Westen, der Schurke sitzt im Kreml. Die Sichtweise ist praktisch. Mag die Situation immer komplizierter werden, mögen die Ereignisse eine unfassbare Dynamik entfalten, wir haben ein sicheres Urteil: hinter allem Übel steckt Putin, der russische Präsident. Von Anfang an!

Die Vorwürfe, die gegenüber Wladimir Putin erhoben werden, sind in der Tat schwerwiegend. Die Annexion der Krim, die nach einer Volksabstimmung unter Bedingungen einer militärischen Besetzung durchgezogen wurde, ist mit den Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki nicht zu vereinbaren. Das Gleiche gilt für die militärische Unterstützung der Separatisten im souveränen Nachbarstaat Ukraine. Wenn Vorgänge dieser Art akzeptierte Praxis werden, dann geht Europa mit Sicherheit schweren Zeiten entgegen.

Aber wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen? Wenn sich Historiker künftiger Generationen frei von Emotionen und Vorurteilen mit der Ukraine-Krise beschäftigen sollten, dann werden sie den Westen kaum von erheblicher Mitschuld freisprechen können. Sie werden, so fürchte ich, mit wissenschaftlicher Kühle feststellen, dass die schwerste Ost/West-Krise seit dem Berliner Mauerbau durch das Vorhaben der Europäischen Union ausgelöst wurde, ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine abzuschließen.

Was hat die EU falsch gemacht? Sie hat, um es mit den Worten des deutschen Sicherheitsexperten Wolfgang Ischinger zu sagen, die Ukraine-Verhandlungen betrieben, als handele es sich um einen Staat wie Island. Wohl wahr! Der Vergleich macht die Fahrlässigkeit deutlich, mit der die Europäische Union vorgegangen ist. Von allen potenziellen Assoziierungskandidaten war und ist die Ukraine, was die innere Verfassung und die geopolitische Lage angeht, der mit Abstand problematischste.

In dem Land am Dnjepr hat sich zwar seit dem 19. Jahrhundert eine nationale Identität entwickelt, aber geschichtlich, religiös und kulturell ist es alles andere als homogen. Durch die Ukraine verläuft, so der Historiker Heinrich August Winkler, die historische Grenze zwi-

schen dem lateinischen und dem orthodoxen Europa. Der eine und größere Teil will nach Westen, der andere ist eher Russland zugewandt.

Die Ukraine, ein Staat in fragiler Verfassung

Geschichtlich hat das Land seit der Kiewer Rus mit 1500 Jahren zwar eine beachtliche Strecke zurückgelegt, aber als unabhängige staatliche Einheit ist es mit gut zwei Jahrzehnten noch blutjung und auf Grund seiner Geschichte entsprechend ungefestigt. Der Ukraine wäre noch einige Zeit zu gönnen gewesen, um zu einer geschlossenen nationalen Identität zu finden. Ein Staat in dieser fragilen Verfassung hätte vernünftigerweise nicht einer extremen Zerreißprobe ausgesetzt werden dürfen.

Verbietet sich deshalb ein Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine? Keineswegs! Es kommt auf die Umstände an. Das Land gehört zweifelsfrei zu Europa. Es befindet sich in größten wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, es braucht dringend Hilfe. Aber Hilfe für einen Staat ist nicht so einfach. Die EU hat es bislang nicht geschafft, trotz des Einsatzes von Milliarden Euro das kleine Griechenland aus dem Schlamassel zu holen. Wie soll das für die weit größere Ukraine mit ihren noch grundsätzlicheren Problemen funktionieren?

Für eine wirkungsvolle Unterstützung müssten die bestmöglichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Im Fall der Ukraine wurden sie eher abgeschafft. Das Land benötigt für seine wirtschaftliche Gesundung mit Sicherheit auch den russischen Markt, mit dem es bislang eng verflochten war. In den Ländern der EU werden sich die ukrainischen Produkte schwer absetzen lassen. Deshalb wäre es ratsam gewesen, für ein Assoziierungsabkommen ein Konzept zu entwickeln, das Russland in einer erträglichen Form mit einschließt.

Nun haben wir Konfrontation statt Gemeinsamkeit. Dass es so gekommen ist, daran trägt nach gängiger westlicher Darstellung und Überzeugung allein Putin Schuld. Stimmt das? Man muss kein Globalstratege wie Henry Kissinger sein, um zu wissen, dass kluge internationale Politik nicht nur die Interessen der unmittelbar Beteiligten berücksichtigt, sondern auch die des Umfelds.

Kalkül ohne Berücksichtigung des Umfeldes

Der Westen ist über dieses Prinzip in verblüffend sträflicher Weise hinweggegangen. Die Europäische Union hat nicht nur ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, sondern ebenfalls mit Georgien und Moldawien vorbereitet und inzwischen auch politisch abgeschlossen. Dadurch wird der Status quo in Europa einseitig verändert, weil der Westen mit einem Schlag direkt an die Grenzen von Russland vorrückt. Im vorigen Jahrhundert wäre eine Veränderung des Status quo gleich um mehrere hundert Kilometer ein Kriegsgrund gewesen – für Ost wie für West.

Die Ukraine benötigt
für ihre Gesundung
auch den russischen
Markt.

Nach zwei fürchterlichen Weltkriegen und einem zuweilen beängstigenden Kalten Krieg, in dem beide Seiten nicht einen Millimeter ihres jeweiligen Herrschaftsbereichs preisgaben, ist das nonchalante Vorgehen des Westens erstaunlich. Man mag sich wenig Böses dabei gedacht haben, aber Putin hat es sicher getan. Russische Herrscher sind misstrauische Gesellen. Seitdem ihr Land von den Mongolen überrannt wurde, pflegen sie eine chronische Empfindsamkeit in Sicherheitsfragen.

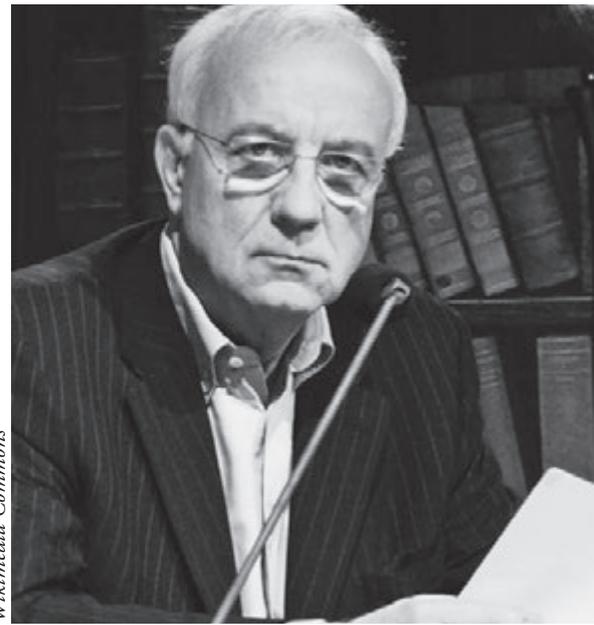
Nicht von ungefähr wird der 4. November in Erinnerung an die Befreiung von den polnischen Besatzern 1612 als ein nationaler Feiertag begangen. 1612, das ist über 400 Jahre her. Daran heute noch mit einem Feiertag zu erinnern, erscheint uns im Westen seltsam. Aber diese Art von Geschichtspflege ist für Russland symptomatisch. Der Argwohn vor der Gefahr von außen gehört zum Wesen der Moskauer Politik. Zwei Invasionen (Frankreich und Deutschland), die fast zum Untergang des Staates führten, haben das Misstrauen gegenüber dem Westen nachhaltig bestätigt. Im politischen Umgang mit Moskau sollten diese historischen Erfahrungen der Russen nicht außer Acht gelassen werden.

Empfindsamkeit in Sicherheitsfragen ist nicht allein eine russische Spezialität. Auch die USA zeichnen sich dadurch aus. Beispiele gibt es dafür genug. Kuba wird seit Jahrzehnten boykottiert, das harmlose Karibik-Inselchen Grenada wurde mit einem Krieg überzogen und gegen die Sandinistas in Nicaragua wurde mit den Contras interveniert, um sich den Kommunismus vom Leib zu halten.

Derartiges Verhalten befremdet uns, dennoch bleibt Washington unser Hauptverbündeter, trotz Irakkrieg und Guantanamo. Die Ideale der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung der USA gehören zu den Grundfesten unserer Demokratie. Unvergessen bleibt Amerikas Unterstützung beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und bei der Wiedervereinigung Deutschlands.

Aber Russland ist unser europäischer Nachbar, mit dem ein gedeihliches, angstfreies Verhältnis bestehen sollte. Das ist keine Folklore-Idee, sondern eine Sache der politischen Vernunft. Der frühere französische Staatspräsident Charles de Gaulle war kein Träumer, als er ein „Europa vom Atlantik bis zum Ural“, also unter Einschluss von Russland, als erstrebenswertes politisches Ziel ausgab. Und auch das „Europäische Haus“, von dem Michail Gorbatschow sprach, ist eine Vorstellung, die nicht als naiv abgetan werden sollte.

Bevor Amerika entdeckt wurde, waren europäische Kaufleute längst auf russischem Territorium tätig. Die Hanse pflegte intensive Geschäftskontakte zu Nowgorod. Wirtschaft und Kultur waren starke Elemente im Verhältnis zu Russland. Sie nutzten beiden Seiten und halfen überdies kritische Zeiten zu überwinden. Die Wirtschaftssanktionen, die der Westen jetzt angekündigt hat und inzwischen auch umsetzt, wirken wenig durchdacht. Sie führen zu Gegenaktionen, die unsere eigene Wirtschaft treffen, und sie schwä-



Wikimedia Commons

*Fritz Pleitgen war von 1995 bis 2007
Intendant des Westdeutschen Rundfunks.
Foto: Elke Wetzig*

Russland ist unser europäischer Nachbar, mit dem ein gedeihliches, angstfreies Verhältnis bestehen sollte.

Große Mächte können
höchst unangenehme
Nachbarn sein.

chen die Position der Menschen, auf die wir in Russland bauen: die Pro-Westler.

In Russland geht es immer hin und her, wenn es darum geht, wer das Land bewegt: die Pro-Westler oder die Nationalisten. Die Pro-Westler sind natürlich bestrebt, so viele Kontakte wie möglich zu den Ländern des Westens herzustellen. Dazu gehören die Kultur und vor allem der Handel. Durch die Wirtschaftssanktionen werden die Pro-Westler in Russland nun zurück geworfen. Die Nationalisten, die Putin zum militärischen Eingreifen in der Ukraine drängen, erhalten hingegen zusätzlich Oberwasser.

Große Mächte können höchst unangenehme Nachbarn sein. Die Balten und Polen haben überaus schlechte Erfahrungen mit Russland gemacht. Ihr Bedürfnis, endlich in sicheren Verhältnissen zu leben, ist deshalb mehr als verständlich. Entsprechend gerechtfertigt war die Aufnahme in die Nato. Dadurch steht das westliche Militärbündnis jetzt vor den Toren von St. Petersburg, zumindest politisch. Russland hat das bislang hingenommen, sicher ohne Begeisterung.

Jeder Schritt, der darüber hinausgeht, sollte wohl überlegt und gut abgesprochen sein. Die drei Assoziierungsabkommen sind mehr als ein Schritt, sie sind, um im Bild zu bleiben, ein gewaltiger Satz. Mit Georgien, Moldawien und der Ukraine wechseln gleich drei ehemalige Sowjetrepubliken, die jahrhundertlang von Russland beherrscht wurden, in den Westen; auf eigenen Wunsch.

Für Moskau bedeutet die Entscheidung der drei Nachbarn nicht nur einen schweren Prestigeverlust, sondern auch geopolitisch eine beachtliche Schwächung. Wieso? In den Assoziierungsabkommen geht es zwar im Wesentlichen um Wirtschaft, aber auch um die Abstimmung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, was prompt den russischen Argwohn vor der Einkreisung durch den Westen weckte.

Kiew – die Mutter der russischen Städte

Dass sich Georgien und Moldawien in die Obhut der EU begeben, hat Moskau mehr oder weniger hingenommen. Aber die Ukraine im westlichen Lager? Das war und ist dem Kreml und auch großen Teilen der russischen Bevölkerung zu viel. Die Ukraine ist für Russland nicht ein Land wie jedes andere. Mit der Ukraine, insbesondere mit dem Osten, verbinden die Russen enge wirtschaftliche und familiäre Beziehungen, vor allem aber gemeinsame Geschichte. Nicht von ungefähr gilt Kiew als die Mutter aller russischen Städte.

Der kritischste Punkt im Tauziehen um die Ukraine zwischen dem Westen und Russland war die Krim mit Sewastopol, dem Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Es war klar, dass der Hafen bei einem Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU quasi unter westliche Kontrolle geraten würde. Es war auch klar, dass Putin dies niemals zulassen würde. Aber ungeachtet dieses Gefahrenpotentials blieb Brüssel bei seiner unmissverständlichen Alternative

für Kiew: entweder EU oder Russland. Ein gemeinsames Konzept wurde nicht ausgelotet. Wie es weitergegangen ist, wissen wir.

Es bietet sich nun an, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Der Westen hat seine Ziele, den Abschluss der Assoziierungsabkommen, durchgesetzt. Die jetzige Führung in der Ukraine hat erreicht, was sie wollte: die Anbindung an die EU. Der größte Scoop scheint Putin mit der Kaperung der Krim gelungen zu sein.

Auf den ersten Blick also allesamt Gewinner. Aber um welchen Preis? Die Beziehungen des Westens zu Russland stecken in einer gefährlichen Sackgasse; zu eigenen Lasten und zum Nachteil der internationalen Politik. Zusammenarbeit zur Lösung unerträglicher Krisen, wie in Syrien, findet nicht statt.

Die Ukraine hat über das Assoziierungsabkommen die Krim verloren; ob dauerhaft, wird sich herausstellen. Überdies befindet sie sich in einem mörderischen Bürgerkrieg, um die Herrschaft über den Osten des Landes wiederzugewinnen. Die Wirtschaft geht darüber mehr und mehr zugrunde.

Und Putin? Er hat demnächst den Westen direkt vor seiner Tür, was nicht ohne Auswirkungen auf die künftige Entwicklung Russlands sein wird, was zu einer Frage von „to be or not to be“ werden könnte. Diese Aussicht macht uns seine Reaktionen sicher nicht sympathischer, aber vielleicht verständlicher.

Die Suche nach Gemeinsamkeiten blieb aus

Angesichts dieser Bilanz lässt sich feststellen, dass von keiner Seite politische Spitzenleistungen vollbracht wurden, zumal Reaktion und Gegenreaktion vorherzusehen waren. Es ist schulbuchmäßig gekommen, wie es nicht hätte kommen dürfen. Entsprechend hoch sind die Verluste. Statt Gemeinsamkeiten zu suchen, schaukelte man sich gegenseitig in eine gefährliche Krise hoch.

Die westlichen Sanktionen schaden massiv der russischen Wirtschaft, werden Putin aber nicht zum Beidrehen zwingen. Prominente Vertreter der geistigen Elite Russlands äußern zwar beißende Kritik am Kurs des Kremls, doch Putin erhält auch vehemente Zustimmung aus Kunst und Kultur und aus der Bevölkerung sowieso. Mit ihrer entfesselten Propaganda tragen die führenden Medien zu dieser Einstellung entschieden bei.

Das Gefühl, vom Westen auf böartige Weise missverstanden und verleumdet zu werden, ist nichts Neues in Russland. Selbst Feingeister wie Alexander Puschkin fühlten sich zu heftigen Zurechtweisungen des Westens aufgerufen. Als 1831 russische Truppen in Warschau brutal gegen den Aufstand polnischer Offiziere und Soldaten vorgingen und deswegen im Westen, insbesondere in der französischen Deputiertenkammer, scharfe Proteste auslösten, feuerte der größte aller russischen Dichter eine Breitseite auf „die Verleumder Russlands“, die es in sich hat. In diesem Gedicht heisst es:

Statt Gemeinsamkeiten zu suchen, schaukelte man sich gegenseitig in eine gefährliche Krise hoch.

„Die Ihr mit Worten droht, versucht es nicht mit Taten.
Der alte Recke ist nicht auf dem Bett erschlaft.
Greift er zum Bajonett, dann zeigt er seine Kraft.
Reizt Russlands Zaren nicht! Ihr wäret schlecht beraten!
Mag ganz Europa uns bekriegen,
der Russe weiß, wie stets, zu siegen“.

Ähnlich ist es aus dem Russland von heute zu vernehmen.

In der jetzigen Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland ist viel zu verlieren.

Da in der jetzigen Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland viel zu verlieren ist, bietet es sich an, das lateinische Sprichwort zu beachten: was immer Du tust, handle klug und bedenke das Ende. Wir können natürlich zu immer härteren Strafmaßnahmen greifen, auch militärische Optionen wahrnehmen, aber wir müssen davon ausgehen, dass Putin ebenso hart dagegenhalten wird, zumal für ihn mehr auf dem Spiel steht als für den Westen. Wo das endet, weiß niemand. Sicher ist nur, dass Fragen des Völkerrechts bei einer solchen Entwicklung immer weniger eine Rolle spielen werden.

Nichts ist unmöglich

Meine Hoffnungen ruhen auf der deutschen Regierung, auf Außenminister Frank Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel. In dem Konflikt mit Russland beweisen beide bislang Augenmaß und Weitsicht. Dadurch sind Überreaktionen vermieden und der Kontakt zu Moskau gehalten worden. Zusammen mit ihren Ukraine-erprobten Partnern Frankreich und Polen sollte die Regierung in Berlin den Westen dazu bringen, gemeinsam mit Moskau drei Ziele anzustreben: Waffenstillstand, demokratische Hoheit Kiews über die Ostukraine und ein vernünftiges Verhältnis zu Russland. Naive Träumerei?

Nichts ist unmöglich! Im Kalten Krieg galt das Problem Berlin als unlösbar und als unberechenbarer Gefahrenherd für einen Atomkrieg. Ständig kam es darüber zu brisanten Ost/West-Krisen. Doch dann setzten sich die vier Siegermächte zusammen und schafften eine Lösung. Die Kriegsgefahr war gebannt und das Leben in der geteilten Stadt wurde erträglich.

Wäre heute ein solcher Durchbruch in der Ukraine-Krise möglich? Sicher, insbesondere der Ukraine wäre es zu wünschen. Aber ich fürchte, man wird es weiter auf beiden Seiten mit Druck und immer schärferen Strafaktionen versuchen. Das ist bequemer als neue Wege zu gehen, um eine Friedensordnung auszuarbeiten, die allen gerecht wird. 

Martin Franke studierte Politik- und Filmwissenschaften an der Universität Mainz. Er ist freier Autor bei Spiegel-Online und Zeit-Online und arbeitet beim ZDF („Auslandsjournal“, „Politbarometer“). Franke ist Mitbegründer von koon arts, einem künstlerischen Kollektiv, das Film- und Fotoprojekte realisiert.

Gerburg Garmann ist Professorin für Germanistik und Romanistik sowie Dekanin für Interdisziplinäre Studien an der University of Indianapolis, Indiana, USA.

Fritz Glunk, Dr. phil., arbeitete viele Jahre weltweit für die Goethe-Institute, schrieb Biografien über Dante und Proust und ist der Gründungsherausgeber der GAZETTE.

Gregor Gysi, Dr. iur., arbeitete in der DDR als Rechtsanwalt. Er war im Prozess der deutschen Wiedervereinigung Mitbegründer der PDS (1990), ist seit 2005 Fraktionsvorsitzender der Partei „Die Linke“ und seit 2013 Oppositionsführer im Deutschen Bundestag.

Amira Hass, jüdisch-israelische Journalistin und Buchautorin. Hass ist Tochter rumänischer Holocaust-Überlebender und lebt seit 1997 in Ramallah in der von Israel besetzten Westbank.

Eva Herold ist Journalistin, Bloggerin und Autorin von „Ich will hier weg, aber wohin? Lexikon der deutschen Ärgernisse“. Ihre GAZETTE-Glossen sind unter dem Titel „Sind Hunde die besseren Lebensgefährten? & andere fundamentale Frauenfragen“ erschienen.

Michael Hirsch, Dr. phil., Philosoph und Politikwissenschaftler, lebt als Autor und Hochschul-Dozent in München. Vergangenes Jahr erschien von ihm das Buch „Warum wir eine andere Gesellschaft brauchen!“, das große Beachtung fand.

Pia Johanna Jaeger, Politologin, lebt seit 2012 in Cambridge/England und arbeitet an ihrer Promotion zum Themenbereich der Sozialen Gerechtigkeit. Sie ist Mitglied der GAZETTE-Redaktion.

Peter Köpf studierte Politik- und Kommunikationswissenschaften sowie Neuere Deutsche Literatur in München. Er ist Chefredakteur englischsprachiger Monatszeitungen der Times-Media-Gruppe, darunter „The German Times“ und „The Atlantic Times“. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Biografien (Stoiber, Burda, Mommsen). Er lebt in Berlin.

Christian Müller, Dr. phil., Studium (Geschichte, Staatsrecht, Germanistik) an der Universität Zürich, Zusatzstudium in

Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen. 25 Jahre Journalismus und Redaktion, 20 Jahre Verlagsmanagement. Er ist seit 2014 Chefredakteur der GAZETTE.

Stefanie Oswald, Dr. phil., studierte Geschichte, Germanistik und Jüdische Studien. Sie arbeitet in Berlin als freie Journalistin (u.a. Deutschlandradio, rbb) und Autorin. Sie ist Mitglied der GAZETTE-Redaktion.

Max Otte, Prof. Dr., Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und -diagnose an der Universität Graz. 2003 gründete er das Institut für Vermögensentwicklung IFVE. Bekannt wurde Otte vor allem durch sein Buch „Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten“, in dem er im Jahr 2006 die Finanz- und Wirtschaftskrise der folgenden Jahre voraussagte.

Fritz Pleitgen war von 1995 bis 2007 Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Davor arbeitete er als Journalist vor allem im Auslandsbereich, so etwa als Korrespondent von 1970 bis 1977 in Moskau, von 1977 bis 1982 in Ostberlin und von 1982 bis 1987 in Washington. Pleitgen erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter die Ehrendoktorwürde der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Universität Dortmund.

Karl Schlögel, Prof. Dr. phil., ist einer der wichtigsten deutschen Historiker für Osteuropäische Geschichte. Der ehemalige Dekan an der Europäischen Universität Viadrina in Frankfurt/Oder wurde u.a. mit dem Sigmund-Freud-Preis, dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis und dem Leipziger Buchpreis ausgezeichnet. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Rudolf Schröck arbeitet als Journalist, Dozent an der Deutschen Journalistenschule München und Autor von Biografien (Willy Brandt, Franz Josef Strauß, Richard von Weizsäcker, Charles Lindbergh). Er lebt in München und ist Stellvertretender Chefredakteur der GAZETTE.

Willy Wimmer war 33 Jahre lang Bundestagsabgeordneter der CDU, u.a. auch Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Von 1994 bis 2000 war er Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Aktuell erschienen ist sein Buch „Wiederkehr der Hasardeure“, zusammen mit Wolfgang Effenberger, im Verlag Zeitgeist.

Impressum

DIE GAZETTE

KASTNER AG – das medienhaus
Schloßhof 2 – 6, D-85283 Wolnzach
Tel. +49(0)8442 9253-0, Fax +49(0)8442 2289, www.gazette.de

GRÜNDUNGSHERAUSGEBER: Dr. Fritz R. Glunk
CHEFREDAKTEUR: Dr. Christian Müller (Tel. +41 793005444,
E-Mail: christian.mueller@gazette.de)
STELLVERTRETENDER CHEFREDAKTEUR: Rudolf Schröck
REDAKTION: Pia Jaeger (London-Korrespondentin), Dr. Stefanie Oswald (Berlin-Korrespondentin)
LAYOUT: Thomas Schwald
REDAKTIONSBEIRAT: Eva Herold-Münzer, Volker Isfort,
Andreas Odenwald, Nikolai Podak, Piero Salabè, Dr. Gernot Sittner, Christiane Wimmer, Frank T. Zumbach

ANZEIGEN: Ulrike Neumann
Tel. +49(0)8442 9253-645, E-Mail: uneumann@kastner.de
Preisliste 8, gültig seit 1. Januar 2014

ABO- UND EINZELHEFTBESTELLUNG:
KASTNER AG – das medienhaus
z. Hd. Frau Bartosch (tgl. 8–12 Uhr)
Tel. +49(0)8442 9253-641
Fax +49(0)8442 2289
E-Mail: lettershop@kastner.de

ERSCHEINT vierteljährlich.
Einzelheft D: € 9,-; CH: CHF 14,-; übriges Ausland: € 11,-
Jahres-Abo D: € 32,-; CH: CHF 50,-; übriges Ausland: € 38,-
Studentenabo D: € 20,-; CH: CHF 35,-; übriges Ausland: € 25,-;
jeweils inkl. Versand.

Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

VERLAG, DRUCK UND VERTRIEB: KASTNER AG – das medienhaus